

Schädliche Tabak-Werbung endlich eindämmen

DGVT fordert am Weltnichtrauchertag die Politik zum Handeln auf

Unter dem Motto „Rauchen kostet – Nichtrauchen kostet nichts“ steht der diesjährige Weltnichtrauchertag am 31. Mai. Auf mehr als 120.000 Menschenleben pro Jahr beziffert die Bundesärztekammer den Preis des Tabakkonsums allein in Deutschland. Die Lebenserwartung von Raucherinnen und Rauchern sei durchschnittlich zehn Jahre geringer als die von NichtraucherInnen. Der volkswirtschaftliche Schaden des Tabakkonsums wird auf 80 Milliarden Euro im Jahr beziffert. Als zwei zentrale Themen nennen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und ihre Partner beim Weltnichtrauchertag „die Länder dazu aufzufordern, die Tabakbekämpfung in ihre staatlichen Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung aufzunehmen“ sowie „die Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, die Einmischung der Tabakindustrie in politische Prozesse zu bekämpfen und so weitreichendere staatliche Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs zu ermöglichen“.

Genau auf diesem Gebiet gibt es in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Wie bereits in einer Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) vom Februar dokumentiert ([Link](#)), ist Deutschland das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, in dem immer noch Plakat- und Kinowerbung für Tabakprodukte zugelassen wird. Zwar hat die Bundesregierung vor einem Jahr einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Tabakwerbung erheblich einschränken sollte. Eine parlamentarische Beratung und Beschlussfassung ist aber bis heute nicht erfolgt. Nach Einschätzung vieler Fachleute geht dies nicht zuletzt auf erfolgreiche Lobbyarbeit von Tabakkonzernen zurück.

Dabei zeigen viele Studien, dass die Werbung gezielt junge Menschen anspricht. Zwar gehen die Zahlen jugendlicher Raucherinnen und Raucher seit 15 Jahren zurück, aber immer noch beginnen 80 Prozent aller Raucher vor dem 18. Lebensjahr mit dem Nikotinkonsum. Die Tabakindustrie nimmt daher junge Menschen als Zielgruppe besonders intensiv ins Visier ihrer Werbekampagnen. Deshalb fordert die DGVT anlässlich des Weltnichtrauchertags erneut alle Bundestagsabgeordneten dringend auf, den Gesetzentwurf zur Einschränkung von Tabakwerbung noch in dieser Legislaturperiode zu beraten und ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Nur so werden die Abgeordneten ihrer Verantwortung für den Präventionsgedanken gerecht.

Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V.

Tübingen, 31. Mai 2017